

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

X. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 6. Januar 1891.

N^o 1.

Die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit.

Reichstag und Abgeordnetenhaus nehmen nunmehr, und zwar ersterer am 13., letzteres am 8. Januar, ihre Arbeiten wieder auf. In beiden Häusern werden zunächst die Statsverhandlungen den Vorrang haben. Im Reichstage war bekanntlich der Stat bereits in erster Lesung erledigt, während die Einbringung des preussischen Stats für das Jahr 1891/92 noch bevorsteht. Ueber den letzteren sind zuverlässige Mittheilungen noch nicht bekannt geworden; aber man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, es werde auch im Abgeordnetenhaus der Schwerpunkt der Plenarberatungen zunächst in den Verhandlungen über den Staatshaushalt liegen, zumal die Commissionsberatungen der großen Reformentwürfe vor der Hand noch nicht so weit gefördert worden sind, daß letztere alsbald Gegenstand der Beratungen im Plenum sein werden.

Anders liegt es im Reichstage. Hier wird neben der zweiten Lesung des Stats die von der betreffenden Commission durchberathene Novelle zur Gewerbeordnung, welche auch kurzweg „Arbeiterschutzesgesetz“ genannt wird, den Hauptgegenstand der Plenarberatungen bilden. Die Commission war bestrebt, in manchen Punkten sich der ursprünglichen Regierungsvorlage wieder zu nähern, nachdem der Wettstreit der Parteien in Bezug auf den Arbeiterschutz zuerst zu einzelnen Beschlüssen geführt hatte, welche vom Standpunkte der Arbeitgeber und der Industrie im Allgemeinen aus bedenklich erschienen. Es liegt vor der Hand noch keine autorisirte Erklärung über die Annehmbarkeit der Abweichungen der schließlichen Commissionsbeschlüsse von der Regierungsvorlage vor; indeß darf man sich wohl der Hoffnung hingeben, daß es gelingen werde, im Reichstage zu einem Einvernehmen zu gelangen, welches den Arbeitern einen gegen früher erweiterten Schutz gewährt ohne unerträgliche Schädigung der Interessen der Industrie. Der Reichstag wird überdies noch in die erste Berathung des neuen Branntweinsteuergesetzentwurfs zu treten haben und außerdem in seinen Commissionen mit der Vorberathung des Patent-, des Gebrauchsmuster-, des Krankenversicherungs- und des Zuckersteuergesetzes beschäftigt sein. Dieses Pensum ist groß genug, um für eine erfolgreiche Arbeit seine ganze Kraft in Anspruch zu nehmen, und es wird auch sicherlich nicht an dem Gelingen fehlen, wenn auch hier und da in den ersten Beratungen, z. B. bei dem Zuckersteuergesetz, sich ein größerer Widerspruch angekündigt hat.

Auch die Aussichten der Arbeiten in den Commissionen des Abgeordnetenhauses dürfen vor der Hand als nicht ungünstige bezeichnet werden. Es hat sich allerdings bezüglich der Landgemeindeordnung ein größerer Gegensatz zwischen der Regierung und der Majorität der Commission entwickelt. Aber es ist zu beachten, daß weder hier schon noch auch im Plenum das letzte Wort gesprochen worden ist. Vielmehr ist zu hoffen, daß auch auf Seiten der Conservativen eine ruhigere Auffassung und Behandlung der streitigen Fragen Platz greifen wird, wenn man sich der mahnenden Worte des Reichskanzlers, die er zum Beginn der Beratungen der gesammten Reformvorlagen dem Hause zugerufen hat, erinnert, daß nämlich das gesammte Reformwerk den Zweck verfolgt, einmal den Staat direkt zu stärken und sodann dem Staate indirect in dem großen ihm aufgezwungenen Kampfe gegen die Elemente des Umsturzes neue Kraft zuzuführen. In dem Augenblicke, da alle Parteien sich mehr und mehr sammeln sollten, um Schulter an Schulter den Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu führen, würde es in der That einen traurigen Eindruck machen, wenn die zur Vertheidigung des Vaterlandes berufene Phalanx sich zersplitterte und wenn ihre Theile gegen einander die Waffen führen wollten. An dem Dritten, welcher sich über diesen Streit freut und daraus Nutzen zieht, würde es nicht fehlen.

Wir begrüßen die parlamentarischen Körperschaften bei ihrem erneuten Zusammentritt mit dem Wunsche, daß sie in Frieden und Eintracht die ihnen zugewiesenen Aufgaben zum Wohle des Vaterlandes glücklich lösen mögen.

Wider die Religion.

Ueber ihre Stellung zur Religion ist die socialdemokratische Arbeiterpartei sich noch nicht ganz einig, d. h. mit dem Christenthum selbst ist sie längst fertig, nur über die Behandlung dieser Frage in der Oeffentlichkeit gehen die Meinungen auseinander. Auf dem Hallenser Parteitage verlangten Einige, besonders Delegirte aus Großstädten, offenen Kampf gegen die Religion, Massenaustritt aus der Landeskirche, wogegen andere Redner davon ausgingen, daß die Religion doch ein überwundener Standpunkt sei, weshalb man sich gegen sie nicht besonders zu erhitzen brauche; eine dritte Richtung verlangte Schonung der religiösen Gefühle aus taktischen Gründen, weil sonst die Landbevölkerung vor den Kopf gestoßen und die Agitation unter ihr der Partei sehr erschwert werde, aus welchem Grunde schon auf dem Kopenhagener Congreß (1883) beschlossen worden war, jeden Angriff auf die Religion vorläufig zu vermeiden.

Der „zielbewußte“ Socialdemokrat will keine Religion und kann sie nach seiner ganzen nur der Erde und ihren Gütern zugewandten Gedankenwelt nicht wollen. Zeugnisse aus der socialistischen Literatur, welche für den christlichen Glauben eintreten, sind uns nicht bekannt. Dagegen liegen sehr viele crasse Aussprüche wider ihn vor. Von den rohen Lästerungen in socialistischen Tageblättern und Flugschriften, wie z. B. des Züricher „Socialdemokraten“, der 1880 das Christenthum eine „blödsinnige“ Religion nannte, wollen wir noch absehen. Aber Bebel, der Führer, bekennt in seinem Buche über die mohamedanisch-arabische Kulturperiode offen, daß für ihn die Entwicklung der Religion auf die Abschaffung aller Religion hinauslaufe und die höchste Stufe der Atheismus d. h. die Gottlosigkeit sei. Ferner heißt es in seiner Schrift über die Frau bei Schilderung des glücklichen Zukunftsstaates, in dem es keine Verbrechen, weder politische noch gemeine, gebe: „Religionschändung? Unfönn; überläßt dem „allmächtigen und allgütigen“ Gotte zu bestrafen, wer ihn beleidigt, vorausgesetzt, daß man sich um die Existenz Gottes noch streitet.“

Aber noch mehr, die Religion gilt als der größte Feind. Das officielle Parteiorgan, Berliner Volksblatt, jekt Vorwärts geheißt, druckte Anfang December 1890 einen Artikel von Marx aus dem Jahre 1844 wieder ab. Darin wird die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes als die Forderung seines wirklichen Glücks hingestellt. Die Kritik der Religion sei im Keime die Kritik des Jammerthales, dessen Heiligenschein die Religion sei. Es handle sich darum, den Deutschen keinen Augenblick der Selbsttäuschung und Resignation zu gönnen. Den wirklichen Druck müsse man noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufüge. Glücklicherweise sei die deutsche Theorie für entschiedene positive Aufhebung der Religion. Die Kritik der Religion ende mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen sei, Verhältnisse, die man nicht besser schildern könne, als durch den Ausruf eines Franzosen bei einer projectirten Hundesteuer: Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln. Deutschland kann hiernach nur befreit werden, wenn es einsieht, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen, wenn der Gottesglaube ge-